

## **Verleihung des Hilde-Adolf-Preises 2017**

### **Festrede von Wolfgang Thierse**

Gehalten am 15.9.2017 in Bremen im Haus der Bremischen Bürgerschaft

Vor einigen Wochen konnte man in einer Berliner Zeitung die folgenden Sätze von Avner Shalev, dem Vorsitzenden der Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem, lesen: „Ich bin sehr besorgt. Ich hätte vor 10 Jahren nie gedacht, dass wir in eine solche Situation kommen, wie wir sie jetzt erleben. Natürlich gab es schon immer rechte Tendenzen. Aber das diese mal so eine Kraft entwickeln und zu großen Wahlerfolgen rechter Parteien führen, hätte ich nicht erwartet. Während des 2. Weltkrieges wurden die Werte der freien, liberalen Gesellschaft angegriffen und zerstört. Deutschland hat diese Werte in einem langen Prozess wieder aufgebaut. Und jetzt sind wir an einem Punkt, wo genau diese Werte erneut attackiert werden. Ich habe Angst, dass es wieder zu einem Kollaps der Säulen unserer offenen, freien und liberalen Gesellschaften kommt... ..es geht hier um ein globales Problem. Werte und Normen verschieben sich. Radikalere Kräfte gewinnen an Einfluss. Dieser beinahe universelle Trend beunruhigt mich.“

Dies ist nur eine von vielen Wortmeldungen aus den vergangenen Monaten und Jahren, die ich auch hätte zitieren können. Es gibt zahllose Äußerungen, Umfrageergebnisse und politologisch-soziologische Analysen, deren Befund heißt: Wir seien in einer Krise der repräsentativen Demokratie, in einer Vertrauenskrise der Volksparteien... Demokratieskepsis nähme zu, Politikerverdrossenheit sei ubiquitär. Ist es vor dem Hintergrund des grassierenden Krisendiskurs (noch) eine Übertreibung, wenn man das Gefühl hat, bei der kommenden Bundestagswahl gehe es – auch – um die Zukunft unserer Demokratie? Wird es zu der historischen Zäsur kommen, dass nach 60 Jahren eine rechtsradikale Partei in den Deutschen Bundestag einziehen wird? Sind die Besorgnisse um die Demokratie mal wieder gänzlich übertrieben, also alarmistisch?

Beteuern doch alle, versichern wir es uns doch immer wieder wechselseitig: Die Demokratie in Deutschland ist nicht in Gefahr, wir leben in einem politisch besonders stabilen Land, es gibt keinen Anlass für Unruhe, Krisenstimmung oder gar Alarmismus. Das gelte trotz terroristischer Anschläge, trotz rechtsextremistischer Gewalt (die in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hat), trotz des linksextremistischen Gewaltexzesses in Hamburg zuletzt und auch trotz des Krisendiskurses. Wir leben doch schließlich in einem wirtschaftlich erfolgreichen, wohlhabenden Land mit einer gefestigten, selbstverständlich gewordenen Demokratie, mit einem verlässlichen Rechtsstaat, einem einigermaßen gut funktionierenden Sozialstaat. Gewiss, gewiss.

Warum aber zeigen dann alle Stimmungsabfragen der letzten Jahre das gleiche zwiespältige Bild? Eine große Mehrheit der Deutschen meint, dass es ihnen gut gehe. Eine ebenso große Mehrheit aber äußert zugleich die Befürchtung, dass es nicht so bleiben, dass es uns nicht weiterhin und dauerhaft so gut gehen werde. Und dass der Wohlstand ungleich verteilt sei. Mit der positiven ökonomisch-sozialen Gegenwartsbeurteilung korrespondiert auf eigentümliche Weise eine starke Zukunftsunsicherheit und das Empfinden sozialer Ungerechtigkeit.

Für diesen Zwiespalt gibt es Gründe. Wir leben in einem reichen Land, aber der Reichtum ist höchst ungleich verteilt. Die Einkommensunterschiede, die Gegensätze zwischen reich und

arm sind in den letzten 30 Jahren deutlich gewachsen nicht nur, aber auch in unserem Land. Die soziale Spaltung hat zugenommen, die Armut-risikoquote ist gestiegen. Im „Spiegel“ der vergangenen Woche konnte man dazu eindrucksvolle Diagramme besichtigen. Das obere Zehntel der Bevölkerung besitzt 52 Prozent des Nettoprivatvermögens, die untere Hälfte nur 1 Prozent. Das ist die Herausforderung: Starke Gerechtigkeitspolitik ist notwendig – auch um der Zukunft unserer Demokratie willen.

Das ist das Eine. Woher aber kommt die von so vielen empfundene Zukunftsunsicherheit, worin gründet das vielfach artikulierte demokratische Krisenempfinden, die verbreiteten Zweifel und die hör- und sichtbare Distanz gegenüber dem demokratischen System bei nicht wenigen Menschen. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat zu dieser Situation den passenden Titel: „Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände“.

Wie sehr sich die Stimmung (und die Lage) verändert, ja verfinstert hat, verdeutlicht eine Erinnerung. Ein Vierteljahrhundert ist das alles erst her: die friedliche Revolution, die Überwindung des Ost-West-System-Konflikts, die Vereinigung Deutschlands und die Überwindung der Spaltung Europas. Welche Euphorie damals, welche Hoffnung auf ein goldenes Zeitalter des Friedens! Das Ende der Geschichte, der endgültige Sieg der Demokratie wurde von dem amerikanischen Politikwissenschaftler Francis Fukuyama verkündet. Welcher Kontrast zur Gegenwart! Was ist da inzwischen passiert? Ich vergegenwärtige holzschnittartig nur einige Fakten und Entwicklungen.

**Erstens.** Wir haben in Deutschland und Europa in den vergangenen beiden Jahren erlebt, wie sich durch die Flüchtlingsbewegung die politische Tagesordnung und die gesellschaftliche Stimmung verändert haben. Es ist noch nicht wirklich absehbar, welche langfristigen Wirkungen die nun nicht mehr leugbare Tatsache haben wird, dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden ist und eine Einwanderungs-gesellschaft werden wird, werden muss. Vermutlich werden diese Veränderungen folgenreicher sein als die Wirkungen der deutschen Wiedervereinigung.

**Zweitens.** Diese Flüchtlingsbewegung ist selbst Teil eines umfassenderen Prozesses, den wir mit dem Schlagwort „Globalisierung“ bezeichnen. Gemeint sind damit Verschärfung der Konkurrenz, Entgrenzung und Beschleunigung der ökonomischen Entwicklung, der internationalen Arbeitsteilung, des wissenschaftlich und technischen Fortschritts, insgesamt eine rasante Dramatik vielfältiger Veränderungen.

**Drittens.** Mit und seit der Finanzmarktkrise erleben wir die Rückseite der Globalisierung, vor allem eine Verschärfung sozialer Gegensätze, der Reichtums-Armuts-Unterschiede, eben auch in Deutschland. Selbst das Weltwirtschaftsforum Davos, sozialdemokratischer Gesinnung gewiss nicht verdächtig, beklagt die wachsende wirtschaftliche und soziale Ungleichheit als eine der großen Gefahren für die Welt.

**Viertens.** Viele erleben die Globalisierung als Gefährdung, ja als Verlust des Primats demokratischer Politik gegenüber den Märkten, gegenüber finanzökonomischer Macht. Sie nehmen Politik wahr als atemloses Hinterherhetzen hinter finanzökonomischen Prozessen und Entscheidungen. Sie nehmen eine zunehmende Diskrepanz wahr zwischen dem Tempo und der Reichweite finanzökonomischer und technisch-wirtschaftlicher Prozesse und Entscheidungen einerseits und andererseits der Langsamkeit und (häufig) nationalen

Begrenztheit politisch-demokratischer Prozesse und Entscheidungen. Eine Wahrnehmung, die bei nicht wenigen Menschen Ungeduld und Unzufriedenheit erzeugt.

**Fünftens.** Ein Gefühl des Kontrollverlustes über das eigene Schicksal, die eigene Zukunft, breitet sich dramatisch aus. Abstiegsängste und Zukunftsunsicherheit nehmen gerade auch in den sozialen Mittelschichten zu. Zu den Verunsicherungsfaktoren zählen gewiss auch die unbewältigten ökologischen Probleme und auch der rasante und zugleich beunruhigende Fortschritt der Gentechnologie.

**Sechstens.** Diese Gefühlslage wird verstärkt durch den sich beschleunigenden Prozess der Digitalisierung vor allem (aber nicht nur) der Arbeitswelt. Die weitere Entwicklung der Digitalisierung und ihre Konsequenzen sind noch nicht voll überschaubar, deren politische, rechtliche und soziale Gestaltung hinkt – erklärlicherweise – hinterher. Die Zukunft der Arbeit, also der Arbeitsbiografien ist fragil, ist unsicher.

**Siebtens.** Der islamistische Terrorismus, alte und neue, ungelöste und unlösbar erscheinende kriegerische Konflikte, die Schwäche der internationalen Organisationen (vor allem der UNO), die Krise der EU (der Brexit als Menetekel), runden das beunruhigende Bild ab. Das alles vermittelt den irritierenden Eindruck einer Weltunordnung. „Die Welt ist aus den Fugen“ hat Frank Walter Steinmeier treffend bemerkt, „Die Welt wird neu vermessen“ beschreibt die Situation nur wenig freundlicher.

**Achtens.** Wir erleben die Wiederkehr alter Geister – des Nationalismus, des Rassismus, der autoritären Politik. Was für eine Welt, die von Putin, Xi Jin Ping, Erdogan, beherrscht wird und nun von Donald Trump, der demokratische Wahlen gewonnen hat, mit Chauvinismus, Rassismus und Sexismus!

In der vergangenen Woche konnte man wieder einmal den Angst-Index der Deutschen studieren – von Ängsten vor Terrorismus (Platz 1) bis Angst vor Überforderung der Politiker (Platz 8 - immerhin 55 Prozent der Befragten haben diese Angst!). Optimismus oder wenigstens Gelassenheit fallen gegenwärtig offensichtlich schwer.

Im Gegenteil. Ein vertrauter, gefährlicher angstgetriebener Mechanismus wird wieder sichtbar und wirksam: Je komplexer und bedrohlicher die Problemfülle erscheint, umso stärker das Bedürfnis nach den einfachen Antworten, umso stärker die Sehnsucht nach den schnellen Lösungen, ja nach Erlösung, nach der starken Autorität. (Wir kennen das aus unserer deutschen Geschichte.) Das ist die Stunde der Populisten, der großen und kleinen Vereinfacher und Schuldzuweiser und Verfeinder. Wir erleben sie in unserer Nachbarschaft: in Holland und Frankreich, in Ungarn und Polen, in Österreich und Italien, in den USA eben auch und ebenso in Deutschland mit der AfD.

Schauen wir ringsum: Die liberale, offene, pluralistische, rechtsstaatliche und sozialstaatliche Demokratie ist nicht die Regel, sie ist eher die Ausnahme. Sie ist ein zerbrechliches politisches System, sie erweist sich als gefährdet, selbst in Europa. Der Blick nach Polen, nach Ungarn, nach Russland, in die Türkei erinnert an eine beunruhigende historische Erfahrung: „Zur Abschaffung von Demokratie eignet sich nichts besser als Demokratie“, so hat es Peter Sloterdijk neulich zutreffend bemerkt.

Dass die Demokratie eben nicht mehr selbstverständlich, sondern gefährdet ist, das fordert zu ihrer aktiven Verteidigung heraus. Gerade auch in dem, was Krise der Parteiendemokratie, Vertrauenskrise der Volksparteien genannt wird. Gerade auch gegen das, was viele zu Recht als Vergröberung der kommunikativen Sitten erleben: Die Lügen halten Hof als „alternative Fakten“, die sozialen Medien werden immer mehr zu Echoräumen der eigenen Vorurteile, der Entladung von Hass und der Steigerung von Aggressivität.

Wird sich angesichts all dessen, das ist die beunruhigende Frage, unsere Demokratie in Deutschland und in Europa bewähren und behaupten oder sich etwa als „Schönwetterdemokratie“ erweisen? Darum geht es im Jahr 2017, einem Jahr, das mit dem polternden Amtsantritt des amerikanischen Präsidenten von Anfang an bedrohliche Züge angenommen hat.

Wir bemerken gegenwärtig, dass die deutsche Gesellschaft sich insbesondere durch Migration verändert. Sich auf diese Veränderung einzulassen ist offensichtlich eine anstrengende Herausforderung. Sie erzeugt Misstöne und Ressentiments und macht vielen (Einheimischen) Angst, vor allem unübersehbar und unüberhörbar im östlichen Deutschland. Pegida ist dafür ein schlimmes Symptom, die Wahlerfolge der AfD sind ein anderes.

Vertrautes, Selbstverständliches, soziale Gewohnheiten und kulturelle Traditionen: das alles wird unsicher, scheint gar verloren zu gehen. Individuelle und kollektive Identitäten werden infrage gestellt – durch das Fremde und die Fremden die uns nahe gerückt sind, durch die Globalisierung, die offenen Grenzen, die Zuwanderer, die Flüchtlinge. Die Folge sind (wie ich das nenne) „Entheimungsängste“, die sich in der Mobilisierung von Vorurteilen, in Wut und aggressiven Protest ausdrücken und eben auch in Rassismus und Gewalt. Genau das ist unsere demokratische Herausforderung und die ist eine politische wie moralische Herausforderung: Dem rechtspopulistischen, rechtsextremistischen Trend, der sichtbar stärker und selbstbewusster geworden ist, zu begegnen, zu widersprechen, zu widerstehen. Die Wahlergebnisse in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Berlin im vorigen Jahr sind Beunruhigung und Herausforderung genug. Und die Wahlergebnisse im Saarland, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen sind keine wirkliche Beruhigung. Und die Wahlergebnisse in Holland und Frankreich auch nicht.

### **Was ist die den Bürgern mögliche Antwort auf die autoritäre Gefährdung, die populistische Herausforderung unserer liberalen, rechtsstaatlichen Demokratie?**

Es gilt, sich einige Selbstverständlichkeiten wieder bewusst zu machen. Zunächst und vor allem: Die Verteidigung dieser Demokratie ist Sache der Bürger und nicht nur „derer da oben“, der Parteien, des Staates. Das mindeste ist (und eigentlich trivial): Wählen gehen und zwar demokratische Parteien! Für jemanden, der Jahrzehnte auf die Möglichkeit, frei zu wählen, hat warten müssen, ist das allerdings immer noch nicht trivial. Gerade in Ostdeutschland aber ist die Wahlbeteiligung niedrig und sind die Ergebnisse für das rechtspopulistische Angebot besonders hoch. Eine gefährliche Entwicklung. 45 Prozent – so war vor kurzer Zeit noch zu lesen – wissen noch nicht, ob und wen sie wählen werden. Auch anderswo sieht es nicht gut aus: An der Brexit-Entscheidung haben vor allem junge Wähler nicht teilgenommen, bei der französischen Präsidentschaftswahl lag die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent.

Wir müssen wieder begreifen, wie wenig selbstverständlich und felsenfest gesichert die Demokratie ist, wie der Blick in die Welt zeigt. Sie ist ein politisches System, das in ständiger

Anstrengung immer wieder neu gelernt, immer wieder neu angeeignet werden muss. Die Demokratie garantiert nicht per se ökonomischen Erfolg, Wohlstand und Gerechtigkeit. Aber sie ist als rechtsstaatliche Demokratie die politische Lebensform der Freiheit – die das Streben nach Wohlstand und Gerechtigkeit, möglichst für alle, ermöglicht. Das ist pathetisch gesagt. Nüchtern beschrieben ist Demokratie ein Regelwerk und ein Institutionengefüge – zum Erwerb, zur Begrenzung und zur Kontrolle von politischer Gestaltungsmacht, zur Übertragung von Verantwortung für die Regelung von gemeinschaftlichen Angelegenheiten, zur Vertretung von je eigenen Meinungen und Interessen. Demokratische Vertretungsmacht und Gestaltungsverantwortung werden in ihr legitimiert durch geregelte Verfahren. Demokratie ist deshalb eben nicht einfach Volksherrschaft oder Herrschaft der Mehrheit, wie ein weit verbreitetes Missverstehen meint. Zur liberalen rechtsstaatlichen Demokratie gehören unabdingbar Gewaltenteilung, das System der checks and balances, die Unabhängigkeit der Justiz, der freien Presse, der Schutz der Opposition, die Grundrechte der Individuen. Ohne sie, ohne all dies wird Demokratie autoritär und illiberal, wie man in Polen und Ungarn und in der Türkei und anderswo beobachten kann.

Das Regelwerk und Institutionengefüge blieben leer und abstrakt, wenn sie nicht in Anspruch genommen würden, wenn sich in ihnen nicht die Bürger als Demokraten engagierten! Dieses Engagement verlangt einige elementare Eigenschaften bzw. Tugenden (und erzeugt diese auch): Orientierung auf das Gemeinwohl, also die Fähigkeit, die eigenen Gruppeninteressen zu übersteigen, verlangt Kompromissbereitschaft und Konsensfähigkeit, die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung, also sein Gesicht zu zeigen. In der Anonymität zu bleiben, in der Haltung des Schimpfens und Jammerns sich einzurichten, die Opferrolle zu pflegen – das sind Untugenden einer Zuschauerdemokratie. Die wirkliche Demokratie ist eben doch keine politische Talkshow, so sehr diese gelegentlich die Suggestion des demokratischen Dabeiseins zu erzeugen vermögen.

Demokratie verträgt sich nicht mit autoritären Einstellungen und Erwartungen – an die prompte, schmerzlose Lösung der bedrückenden Probleme, gar an Erlösung von der Problemlast. Solche Erwartungen absichtsvoll zu erwecken ist demokratiegefährdend, erzeugen sie doch – da sie regelmäßig in einer Demokratie nicht befriedigt werden können – die Verachtung, die Wut, ja den Hass auf demokratische Politik und Politiker, wie wir sie in den sozialen Medien oder auf Pegida- und AfD-Demonstrationen hören können. Wir erleben eine Missstimmung und Verbitterung gegenüber der Demokratie in Teilen der Gesellschaft die nicht recht passt zur Erfolgsgeschichte der bundesdeutschen Demokratie.

Die Flüchtlings-Herausforderung der vergangenen beiden Jahre hat eben auch gezeigt bzw. deutlicher zum Vorschein gebracht, dass in Sachen zivilgesellschaftlichen Engagements und Engagements für die Demokratie unsere Gesellschaft durchaus gespalten ist: Auf der einen Seite Menschen, die auf diese Herausforderung mit Verunsicherung, Abwehr, Ängsten und eben auch mit Vorurteilen, Hass, Gewalt reagieren – auf der anderen Seite viele Menschen, die durch ihren Einsatz, durch unmittelbare Hilfe die Defizite des Staates und der Verwaltungen zunächst ausgeglichen und das Ganze nicht zu einer organisatorisch-humanitären Katastrophe haben werden lassen. Aus dieser positiven Erfahrung könnte und sollte die Bürgergesellschaft Selbstbewusstsein auch gegenüber dem Staat entwickeln, meine ich.

Angstvolle Abwehr und Verunsicherung versus „Willkommenskultur“. „Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände“: Die Erfahrungen der vergangenen zwei Jahre sind also gleichermaßen Anlass zur Beunruhigung wie zur Ermutigung!

Darauf müssen wir uns einstellen; dass unser Land wieder einmal und wohl dauerhaft pluralistischer, also ethnisch und religiös-weltanschaulich und kulturell vielfältiger und widersprüchlicher wird. Dieser Pluralismus wird keine Idylle sein, sondern ist voller sozialem, religiös-kulturellem und eben auch politischem Konfliktpotential! Wir müssen neu lernen, damit umzugehen und zwar friedlich.

Wenn man aber Pluralität aktiv und friedlich leben will, muss man sich des Gemeinsamen, des Verbindenden vergewissern. Wir müssen uns unbequemen Fragen stellen: Wer sind wir Deutsche? Was ist das Eigene? Was haben wir anzubieten? Wozu laden wir ein? Was sind unsere Gemeinsamkeiten? Und zwar Gemeinsamkeiten, die den Zusammenhalt einer vielfältiger, widersprüchlicher und konfliktreicher werdenden Gesellschaft ermöglichen und sichern? Wie schützen wir uns vor Parallelgesellschaften und vor politischem oder religiösem Fanatismus? Wie begegnen wir Ängsten und Vorurteilen und Entheimungsbefürchtungen?

Um es sehr grundsätzlich zu sagen: Für den Zusammenhalt einer pluralistischen Demokratie, einer widersprüchlichen, vielfältigen Gesellschaft reicht offensichtlich nicht allein das aus, auf das ganz selbstverständlich zunächst hingewiesen werden kann und muss: Die gemeinsame Sprache, die Anerkennung von Recht und Gesetz, der vielgerühmte Verfassungspatriotismus. Alles das ist richtig und notwendig. Auch die Beziehungen, die die Gesellschaftsmitglieder über den Markt und den Arbeitsprozess miteinander eingehen, als Arbeitskräfte oder Konsumenten. Und selbstverständlich gehört auch die sichtbare Anstrengung um soziale Gerechtigkeit, also um die faire Verteilung von Chancen und Pflichten, von Früchten und Lasten zu den elementaren Voraussetzungen gelingenden Zusammenhalts.

Aber über all dies Selbstverständliche und Notwendige hinaus bedarf es, so meine ich, grundlegender Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen in dem, was wir Maßstäbe, Normen oder Werte nennen. Es bedarf tendenziell gemeinsamer Vorstellungen von der Freiheit und ihrer Kostbarkeit, vom Inhalt und Umfang von Gerechtigkeit, vom Wert und der Notwendigkeit von Solidarität, gemeinsamer oder wenigstens verwandter Vorstellungen von sinnvollem und gutem Leben, von der Würde jedes Menschen, von der Integrität der Person, von der Toleranz und Respekt.

Dieses nicht-politische sondern ethische und kulturelle Fundament gelingenden Zusammenlebens – das ist nicht ein für alle Mal da, sondern es ist gefährdet, ist umstritten, kann erodieren. Es muss immer wieder neu erarbeitet werden, es muss weitergegeben, vitalisiert, vorgelebt, erneuert werden. Das ist der tiefere Sinn des so oft zitierten Satzes des ehemaligen Verfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Der freiheitliche, säkulare Staat lebt von Voraussetzungen, die er nicht selbst garantieren kann.“ Die Verantwortung für diese Voraussetzungen, für dieses ethische Fundament unseres Zusammenlebens tragen – über die spezielle Zuständigkeit des Bildungssystems hinaus – alle Bürger, insbesondere die kulturellen Kräfte einer Gesellschaft und darin eben auch und in besonderer Weise Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und zwar im Dialog, in der Debatte miteinander. Diese Verantwortung ist gewachsen in einer pluralistischer werdenden Gesellschaft! Neben den

materiellen, also finanziellen, ökonomischen, sozialen Anstrengungen müssen also geistige und kulturelle Bemühungen treten, damit Integration und friedliches Zusammenleben gelingt.

Wir alle, egal welcher politischen, weltanschaulichen oder kulturellen Zuordnung und Prägung, wir alle werden uns einer gründlichen und breiten Debatte stellen müssen: Was ist das verpflichtend Gemeinsame, was begrenzt kulturell-religiös-weltanschauliche Selbstbestimmung, worauf gründen wechselseitige Anerkennung und Gesprächsfähigkeit und Gesprächsbereitschaft der Verschiedenen? Was ist Toleranz, wie weit muss, darf sie gehen? Brauchen wir Verbote? Wie vergewissern wir uns des Gemeinsamen, damit wir Vielfalt friedlich leben können? Darum geht es, muss es gehen – egal wie wir es nennen: ob „Leitkultur“ (ein irgendwie belasteter, verdorbener Begriff) oder „zivilbürgerliche Kultur“/„gemeinsame Bürgerschaft“ (reicht dies?) oder wie ich es nenne: „das nichtpolitische, sondern ethische und kulturelle Fundament gelingenden Pluralismus, gelingender Demokratie“. Und um es ganz deutlich zu sagen: Antisemitismus, Rassismus, Homophobie, Unterdrückung der Frau, religiöse Intoleranz – das alles sind keine Beiträge zu diesem Fundament, sie zerstören es vielmehr. Egal ob sie von Zuwanderern aus der arabisch-islamischen Welt oder von Menschen aus dem eigenen Land (von NPD, Pegida bis AfD) ausgedrückt werden!

Das ist also unsere Aufgabe, daran haben wir miteinander zu arbeiten: an einem gemeinsamen Bürgerbewusstsein über alle kulturellen und religiös-weltanschaulichen Differenzen hinweg, gewissermaßen an einem Wir, das Toleranz, gemeinsame Verantwortung und Solidarität begründet – um der Zukunft unserer Demokratie als der politischen Lebensform der Freiheit willen.